
Auszug aus dem Protokoll

Sitzung Nr. 6
Datum 16. Oktober 2019

41 1.5. Leitbild / Regierungsrichtlinien (politische Führung)
Politikplan 2020 – 2024

GGR-Präsident Rudolf Gerber (SP): Zum Vorgehen: Wir behandeln zuerst den Politikplan und anschliessend den Finanz- und Investitionsplan. Bei jedem dieser beiden Teile können jeweils zuerst die allgemeinen Bemerkungen abgegeben werden, bevor die Papiere seitenweise beraten werden. Wir beginnen mit dem Politikplan. Zuerst zu den allgemeinen Bemerkungen.

Petra Spichiger (SP): Wir haben den Politikplan mit grosser Spannung gelesen und mit Freude festgestellt, dass nicht "Copy & Paste" gemacht wurde, sondern dass es ganz viele neue Punkte gibt, mit denen man etwas erreichen und Zollikofen weiterbringen will. Herzlichen Dank.

Bruno Vanoni (GFL): Wir haben in der GFL den Politikplan mit Interesse gelesen und finden dieses Instrument weiterhin recht aufschlussreich und interessant. Besonders interessiert uns jeweils, was darin neu ist. Auf Seite 9 im Ideenspeicher hat uns beispielsweise sehr gut gefallen, dass Ladestationen für Elektroautos erwähnt werden. Die Idee von einem Vorgehen mittels Public Private Partnership sollte weiterverfolgt werden, auch die Zusammenarbeit mit der Solargenossenschaft, damit diese noch aktiver werden kann. Allerdings verstehen wir nicht ganz, warum die Frage nach der nötigen politischen Unterstützung mit einer 3 beantwortet wird, mit "eher nein". Wir kommen auf das Thema Elektroladestationen zurück, beim Geschäft Bärenareal, und sind gespannt, wie es dort mit der politischen Unterstützung aussieht.

Wir haben festgestellt, dass im Umsetzungsprogramm gemäss den Erläuterungen auf Seite 10 keine neuen Lösungsansätze aufgenommen worden sind, keine gestrichen und auch keine umformuliert wurden. Gerade aufgrund der seit Monaten laufenden Klimadebatte hätte uns da schon einiges einfallen können. Aber wir verstehen auch, dass der aktuelle Gemeinderat fürs letzte Jahr seiner Amtsperiode keine neuen Ansätze anpacken will. Wir hoffen, dass der Gemeinderat dann nach den Wahlen mit frischer Energie neue Ideen aufgreift und im Umsetzungsprogramm anpackt. Wir anerkennen auch, dass der Gemeinderat sich im Tätigkeitsprogramm 2020 sehr viel vorgenommen hat und sich auch zeitlich sehr ehrgeizige Ziele gesetzt hat, die nach bereits erfolgten oder absehbaren Verzögerungen kaum mehr einzuhalten sind. In diesem Zusammenhang sind verschiedene UeO zu erwähnen (Seite 12), vom Webergut und vom Dreieck Bernstrasse-Bahnlinie, Kreuzstrasse über das Fenaco-Areal bis hin zur UeO Aareraum. Wir hoffen, dass im Rahmen dieser Arbeiten auch der Klimaschutz vorangebracht wird und vor allem, dass verstärkt darauf geachtet wird, beim Bauen und bei der Umgebungsgestaltung dem Klimawandel auch Rechnung zu tragen. Wichtig ist für uns auch, dass bei der Gemeindeverwaltung und durch den Beizug externer Fachleute genügend Personal für diese anspruchsvollen Arbeiten eingesetzt werden kann. Aufgrund bisheriger Erfahrungen haben wir Zweifel, ob dies der Fall ist. Wir befürchten, dass der Bauverwaltung mit dem aktuellen Stellenbestand etwas zu viel aufgehalst wurde und wird. Wir haben vorgängig der Gemeindeverwaltung einige Fragen gestellt und danken für die erhaltenen Antworten. So haben wir zum Beispiel erfahren, dass die Eisbahnsanierung im Hirzi (Seite 13) für 1,584 Mio. Franken primär aus Sicherheitsgründen der Schwimmbadsanierung vorgezogen werden soll. Dafür dann später, auf drei Jahre verteilt, weitere 3 Mio. Franken im

Investitionsplan. Aber es wäre vielleicht gut, wenn dies der GGR aus erster Hand alle erfahren könnte. Das gilt auch für ein paar weitere Fragen, die wir gerne mündlich beantwortet hätten: Wann kommen die Reglemente, die in der Ortsplanungsrevision angekündigt wurden, in den GGR: für die Parkplatzbewirtschaftung und für Landschaftspflege und Förderung der Biodiversität auch im Siedlungsraum? Was wird an der Bernstrasse 90 eigentlich geplant? Im Tätigkeitsprogramm ist nur davon die Rede, dass bei Bedarf dem dort eingemieteten Familientreff Unterstützung bei der Suche einer Ersatzlokalität geleistet werden soll. Es ist wohl von allgemeinem Interesse zu erfahren, ob und wann da ein Abbruch vorgesehen ist und wenn ja, wann oder ob ein Ersatzplan in Planung ist.

Gemeindepräsident Daniel Bichsel (SVP): Zu den aufgeworfenen Fragen betreffend die zeitliche Behandlung der beiden Reglemente: Wir haben immer noch dieselbe Priorität. Zuerst wird das Beitragsreglement behandelt, in der November-Sitzung des GGR und dann das Parkplatzreglement, im Januar 2020. So ist das vorgesehen.

Wir haben immer deutlich gesagt, dass der Lead beim Familientreff selber liegt. Wir unterstützen sie, falls sie irgendwo eine Vermittlungsfunktion oder eine Kontaktknüpfung brauchen. Wie es zeitlich aussieht, kann man auf Seite 11 im Finanzplan "Abbruch Liegenschaft Bernstrasse 90" nachschauen. Umgestaltung im Jahr 2021, das ist mit "pro Memoria" drin. Es ist bisher kein Neubau vorgesehen, sondern es geht darum, dass wir eine gute Ankunftssituation machen werden; dass man zum Beispiel die Parkplätze des Arcobaleno nicht braucht, wenn man jemanden an den Bahnhof bringt. Zudem eine Veloständeranlage, die den Namen wieder verdient und gut zugänglich ist und vielleicht gibt es einen Kiosk und eine öffentliche Toilette. Etwa so können wir es uns vorstellen, wie dieses Gelände künftig aussehen wird.

Zur Frage bezüglich Hirzi: Beim Hirzenfeld hat man eine Untersuchung gemacht, nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Schwimmbadsanierung. Man hat den Zustand der Eisbahnplatte erfasst und der Ingenieur hat gravierende Mängel an der Drahtkonstruktion der Eisbahnplatte festgestellt. Die ganze Eisbahn ist für diese Saison nur noch auf das Aussehen hin vom Ingenieur freigegeben. Durch die Dringlichkeit der Sanierung, die angesagt ist, musste man das Programm umdrehen. Beim Schwimmbad hat man keinen wachsenden Schaden, wenn die Sanierung dort erst später angegangen wird. Darum hat man diesen Vorschlag bei den beiden Gemeinderäten Münchenbuchsee und Zollikofen deponiert und die Prioritätsreihenfolge gedreht.

GGR-Präsident Rudolf Gerber (SP): Somit steigen wir in die Detailberatung ein. Wir gehen den Politikplan seitenweise durch.

Marco Bucheli (SVP): An einem Ort ist eben trotzdem "Copy & Paste" gemacht worden. Auf der Seite 3. Das Umsetzungsprogramm wäre neu auf Seite 11-14 und nicht auf Seite 13-16.

GPK-Sprecher René Ritter (SVP): Zum Ideenspeicher hat die GPK zwei Anregungen: Die erste betrifft den Punkt 1.3. Es wird vorgeschlagen die Formulierung anzupassen. Wir würden es bevorzugen, wenn es im Zusammenhang der Bernerrose "öffentliche Anlässe" heissen würde und nicht einfach "Anlässe". Das drückt besser aus, was eigentlich gemeint ist. Zweitens regt die GPK an, dass man in Zukunft beim Ideenspeicher alles, was neu dazugekommen ist, mit einer Markierung kenntlich macht.

Gemeindepräsident Daniel Bichsel (SVP): Der Gemeinderat ist bereit, die Anregungen der GPK entgegenzunehmen und im nächsten Dokument entsprechend einzuarbeiten.

GPK-Sprecher René Ritter (SVP): Seite 11, zur Position 1.2.1.1, "Der Runde Tisch wird formell aufgelöst und in die Regelstruktur der Verwaltung überführt." Kann uns jemand sagen, was damit gemeint ist?

Gemeinderat Edi Westphale (GFL): Es ist eigentlich genau so, wie es da steht. Der "Runde Tisch" in der Integration hat sich in den letzten Jahren zwei bis drei Mal pro Jahr getroffen, er

hat an Dynamik verloren. Es sind keine neuen Projekte eingegangen, die umgesetzt werden konnten. Deshalb hat man ihn vor eineinhalb Jahren eingestellt und gesagt, wir wollen überprüfen, wie der "Runde Tisch" zukünftig gestaltet werden kann. Wir mussten feststellen, in den letzten eineinhalb Jahren hat sich überhaupt niemand über den "Runden Tisch" informiert. Wann treffen wir uns wieder oder wir hätten Projekte, die wir umsetzen möchten. Daher beantragen wir im Gemeinderat auch, formell den "Runden Tisch" aufzulösen und wenn es Projekte gibt, diese eben in die Regelstruktur einfliessen zu lassen, bei unserer Integrationsbeauftragten der Gemeindeverwaltung. Dort ist die Ansprechperson und dann wird es in Zusammenarbeit mit dem Departementsvorsteher Sicherheit und Integration angeschaut.

GPK-Sprecher René Ritter (SVP): Unsere Bemerkungen auf Seite 12 und 13 sind grösstenteils schon beantwortet. Wir haben ja abgemacht, dass wir die Fragen in der Detailberatung stellen werden. Die Frage nach dem Fahrplan für die Einführung des Parkplatzreglements. Da haben wir festgestellt, dass es ein bisschen knapp wird, wenn wir zuerst das Reglement haben müssen. Das Zweite wäre gewesen, warum man die Prioritäten bei der Sanierung des Hirzenfelds gekehrt hat.

Seiten 14 und 15: Der GPK fehlt ein bisschen die Fantasie sich vorzustellen, was "teilweise umgesetzt" im Zusammenhang mit einer Petanque-Anlage heissen kann.

Gemeindepräsident Daniel Bichsel (SVP): Die Petanque-Anlage war nie eine Massnahme im Umsetzungsprogramm. Sie kam im Jahr 2013 direkt aus dem Ideenspeicher ins Archiv. Eine vertiefte Behandlung fand somit nicht statt, weshalb der Nachvollzug des Eintrags "teilweise umgesetzt" relativ schwierig ist. Höchstwahrscheinlich ist der Grund, dass wir uns nicht mit fremden Federn schmücken wollten. In diesem Jahr ist nämlich der Platz eröffnet worden vis à vis der alten Post. Also, die letzten Wohnblöcke bei der Häberlimatte. Dort, hiess es seinerzeit, könne der Platz auch zum Petanque spielen benutzt werden.

GPK-Sprecher René Ritter (SVP): Seiten 21 und 22: Zu den Finanzen hat die GPK eine Bemerkung zur Position "Feuerwehr"; dass man dort mit grösseren Investitionen rechnen muss, wenn die Fusion stattgefunden hat.

Gemeindepräsident Daniel Bichsel (SVP): So ist die Aussage nicht richtig, deshalb korrigieren wir sie auch. Es ist nicht wegen der Fusion, dass mit höheren Investitionen zu rechnen ist, sondern wir tätigen jetzt sicher vor der Fusionsabklärung nicht noch Investitionen, von welchen wir nicht genau wissen, ob es sie auch bei einer Fusion braucht. Dass es durch die Fusion zwingend höhere Ausgaben gibt, ist ebenfalls nicht richtig.

GGR-Präsident Rudolf Gerber (SP): Wir kommen zum Finanz- und Investitionsplan.

Hans-Jörg Rhyn (SP): Der Gemeinderat hat in seinen Erläuterungen zum Finanz- und Investitionsplan klar und offen dargelegt, wie es um die Finanzen der Gemeinde in den nächsten fünf Jahren stehen wird. Die SP-Fraktion hat zur Kenntnis genommen,

- dass sich beim Steuerertrag die erwartete positive Trendwende noch nicht eingestellt hat,
- dass die Betriebsergebnisse in den Planjahren nur eine ungenügende Selbstfinanzierung zulassen werden,
- dass sich daraus bis auf weiteres ein Trend zur Neuverschuldung ergibt.

Das sind negative Faktoren, die zur Wachsamkeit mahnen. Wir nehmen aber auch zur Kenntnis,

- dass die vorläufig erkennbaren Defizite von durchschnittlich 1 Mio. Franken pro Jahr in der Planperiode durch den ausgewiesenen Bilanzüberschuss von rund 17 Mio. Franken gut für 2-3 Jahre gedeckt werden können, was auch gesetzlich absolut zulässig ist,
- dass in der gleichen Zeit die allgemeine Neubewertung der Grundstücke zu höheren Erträgen bei der Liegenschaftssteuer führen wird. Wieviel das sein wird, wissen wir heute aber noch nicht.

Schade ist, dass nebst der unsicheren Wirtschaftslage auch der Kanton Bern mit seiner Finanzpolitik zur Unsicherheit beiträgt. Erstens ist noch unklar, wie die Steuergesetzrevision 21 aussehen wird und was sie für Auswirkungen haben wird. Und zusätzlich kommt der Grosse Rat nun noch mit neuen Ideen, wie er die Kantonsfinanzen auf dem Buckel der Gemeinden entlasten könnte. Für uns hier in Zollikofen wird's ziemlich abartig. Anstatt dass wir vom Kanton endlich den uns vor Jahren zugesprochenen Bonus für die gute Arbeit der Sozialdienste erhalten, werden auch wir, wie alle Gemeinden, im Lastenausgleich Sozialhilfe bald einmal mit einem Selbstbehalt auf den Sozialausgaben belastet. Quasi als Kollektivstrafe, weil die vom Kanton geplante generelle Kürzung der Sozialleistungen vom Volk abgelehnt wurde. Ziemlich krass das Ganze, aber vielleicht wehren sich die Gemeinden ja noch gegen diese kollektive Verurteilung. Insgesamt bleiben auf jeden Fall diverse positive und negative Unsicherheiten noch 2-3 Jahre bestehen. Es ist darum gut, dass Zollikofen in den vergangenen guten Jahren nicht nur durch Land- und Liegenschaftsverkäufe, sondern auch durch sinnvolle finanzpolitische Massnahmen wie z. B. die vorzeitige Abschreibung von 5 Mio. Franken Verwaltungsvermögen und weitere antizipierende Massnahmen, Reserven bilden konnte. Diese gute Basis, vor allem der Bilanzüberschuss im Wert von 11 Steuerzehnteln, verschafft uns einen gewissen zeitlichen Spielraum zur Beobachtung der effektiven Entwicklung im Bereich der Konjunktur und auf der Ebene von Kanton und Gemeinde. Dramatisierung und hektischer Aktionismus sind heute weder nützlich noch nötig. Eine wachsame Beobachtung der zum Teil gegenläufigen Entwicklungen aber schon. Die SP nimmt den Finanz- und Investitionsplan, mit all seinen warnenden Hinweisen, in diesem Sinne zur Kenntnis.

Marcel Remund (FDP): Die FDP-Fraktion dankt für die Erstellung des Finanzplans und des Politikplans. Der Finanzplan für die Jahre 2020-2024 bestätigt im Wesentlichen die finanziellen Annahmen aus dem letzten Jahr. Das strukturelle Defizit ist mit über 1 Mio. Franken zu hoch und die Selbstfinanzierung deutlich ungenügend. Dank genügend hohen Reserven bleibt der Bilanzüberschuss auch Ende 2024 mit rund 9 Mio. Franken auf genügender Höhe. In dem Sinne nehmen wir den Finanzplan so zur Kenntnis.

Mario Morger (glp): Ich möchte mich von Seite glp kurz halten, wir werden im Rahmen des Budgets zum Investitions- und Finanzplan noch Stellung beziehen, weil es dort einen engen Zusammenhang hat für die Budgetbeurteilung. Eine erste Beurteilung schon jetzt, der Investitions- und Finanzplan ist sehr kritisch zu beurteilen. Die Kennziffern sind ungenügend und alarmierend und ich kann die Sichtweise der SP nicht teilen, dass wir jetzt noch zwei, drei Jahre zuwarten können. Aber mehr dazu beim Budget.

GGR-Präsident Rudolf Gerber (SP): Wir kommen zur Detailberatung des Finanz- und Investitionsplans.

André Tschanz (EVP): Seite 23 würde mich interessieren. Der Verkauf des Altpapiers, ab 2021, alle 14 Tage. Was ist der Grund und ist allenfalls mit einer Gebührenerhöhung zu rechnen im Notfall, weil das Defizit Jahr für Jahr unbeständig ist.

Gemeinderat Markus Burren (SVP): Das ist der Markt, der zusammenfällt und wenn wir nicht einen so guten Vertrag hätten, wäre das schon heute so. Wenn wir nicht bei der KEWU mitgemacht hätten, wäre schon heute alles hoch.

Kenntnisnahme

Der Politikplan 2020 – 2024 wird zur Kenntnis genommen.

Für getreuen Protokollauszug

ZENTRALE DIENSTE